

A4 Kenia noch retten?!

Antragsteller*in: Landesvorstand (beschlossen am 21.9.19), Josepha Albrecht, Antonius Naumann, Martin Wandrey
Tagesordnungspunkt: 3. Sonstige Anträge

Antragstext

1 Eine kommende Regierung muss überzeugende Antworten auf wichtige Zukunftsfragen
2 in zahlreichen Bereichen liefern.

3 Wir nehmen die kommende Aufnahme der Kenia-Koalitionsverhandlungen deshalb mit
4 Sorge zur Kenntnis. Nach unserer Einschätzung birgt solch eine Koalition an
5 vielen Stellen die Gefahr, dass konsequente Sozial- und Umweltpolitik
6 untergraben oder blockiert wird. Daher beauftragen wir den neuen Landesvorstand,
7 die Koalitionsverhandlungen kritisch zu begleiten und sich aktiv einzubringen.
8 Im folgenden legen wir dafür einige Leitlinien fest.

9 Wir stellen uns in diesem Zusammenhang hinter die Forderungen von Fridays For
10 Future Brandenburg und betonen die enorme Dringlichkeit radikal-ökologischer
11 Politik.

12 Raus aus der Kohle, rein in den Strukturwandel!

13 Brandenburg muss bis zum Jahr 2030 aus der Braunkohleverstromung ausgestiegen
14 sein. Dafür ist es zentral, dass keine neuen Tagebaue erschlossen werden,
15 Welzow-Süd II darf nicht erschlossen werden. Die Region braucht einen klaren
16 Ausstiegsfahrplan und einen nachhaltigen und sozialen Strukturwandel, der von
17 Expert*innen gemeinsam mit den Menschen vor Ort gestaltet wird. Wir wollen
18 Industriearbeitsplätze in nachhaltigen Technologien schaffen und dafür unter
19 anderem das Bahnwerk in Cottbus stärken.

20 Landwirtschaft

21 Nachhaltige Landwirtschaft ohne Pestizide und Monokulturen schützt Böden, Klima
22 und Artenvielfalt. Agrarsubventionen müssen daher vom Land Brandenburg
23 ausschließlich nach Nachhaltigkeitskriterien vergeben werden, sofern die Vergabe
24 in der Zuständigkeit des Landes liegt. Zudem muss die Umstellungsprämie für
25 angehende Bio-Höfe massiv erhöht werden, sodass in 5 Jahren ein Viertel der
26 Flächen ökologisch bewirtschaftet wird.

27 Massentierhaltung soll so schnell wie möglich gestoppt werden, denn Tierquälerei
28 und Übersee-Futtermittelimporte sind aus unserer Sicht nicht vertretbar! Flächen
29 im Besitz des Landes sollen bevorzugt ökologisch wirtschaftenden Landwirt*innen
30 zur Verfügung gestellt werden. Es braucht ein Agrarstrukturgesetz, dass
31 Investor*innen das Handwerk legt und stattdessen die vor Ort angesiedelten
32 Landwirt*innen unterstützt.

33 Mobilität

34 Eine moderne Verkehrspolitik muss ökologische und massentaugliche Verkehrsmittel
35 bevorzugen. Statt Stau, CO₂ und Abgasen wollen wir ein eng gesponnenes Netz aus
36 sicheren Fuß- und Radwegen, Bus- und Bahnverbindungen, welches das ganze Land
37 abdeckt.

38 Wir fordern deshalb, die Verkehrsplanung und den Finanzrahmen primär auf die
39 Bedürfnisse von ÖPNV, Fuß- und Fahrradverkehr auszurichten. Dazu gehören auch

40 ein Radschnellwege-Programm, das Radreferat im Ministerium, die Wiederbelebung
41 alter Zugstrecken und neue landesbedeutsame Buslinien. Für Mobilität überall in
42 Brandenburg, auch ohne eigenes Auto.

43 Drogenpolitik

44 Eine moderne Drogenpolitik muss Konsument*innen informieren und schützen statt
45 sie zu kriminalisieren und Drogenkonsum unwissenschaftlich und unverantwortlich
46 zu tabuisieren. Wir fordern daher sofort eine Erhöhung der straffreien
47 Eigenbedarfsgrenze auf 10 bzw. 15 Gramm wie in Berlin. Anschließend muss die
48 kontrollierte Legalisierung von Cannabis und gleichzeitig ein Werbeverbot für
49 Alkohol, Tabakwaren und Cannabis im öffentlichen Raum kommen, um Konsument*innen
50 eine unbeeinflusste und selbstbestimmte Konsumententscheidung zu ermöglichen und
51 Jugendschutz zu garantieren.

52 Menschen menschenwürdig aufnehmen

53 Neben einem klaren Eintreten gegen Rassismus und Hass dürfen die Bedingungen für
54 Geflüchtete in Brandenburg nicht weiter verschärft werden. In Brandenburg darf
55 kein Ankerzentrum und kein Abschiebeknast gebaut werden. Wir stehen konsequent
56 gegen Abschiebungen, vor allem in Krisengebiete wie Afghanistan.

57 Hochschule

58 Die Hochschullandschaft in Brandenburg muss endlich ausgebaut und besser
59 finanziert werden. Prekäre Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft müssen
60 beendet werden. Wir wollen einen Medizinstudiengang ohne Studiengebühren in
61 Brandenburg und das Lehramtsstudium an der BTU Cottbus-Senftenberg einführen.

62 Frühkindliche Bildung

63 Kitas und Tageseltern müssen als Ort der Inklusion wahrgenommen werden, und als
64 ein Ort, an dem sich jedes Kind frei von Geschlechterrollen entwickeln kann. Um
65 diese freie Entwicklung zu erreichen, fordern wir eine zusätzliche
66 Sprachförderkraft, um sprachliche Defizite frühzeitig zu kompensieren (und somit
67 einen Schritt zu mehr Chancengleichheit zu gehen).
68 Um dem Fachkräfte Mangel entgegen zu wirken, fordern wir die Abschaffung der
69 Ausbildungskosten zur Erzieherpersonen und stattdessen angemessene Vergütung!

70 Schulbildung/-system

71 Für eine größere Chancengleichheit in unserem Bildungssystem müssen wir die
72 Selektierung nach der 6. Klasse stoppen und stattdessen Gesamtschulen stärken.
73 Um dem Leistungsdruck, welcher der Entwicklung der Kinder nicht zuträglich ist,
74 entgegen zu wirken, fordern wir anstatt Ziffernbenotung eine allumfassende
75 schriftliche Leistungsdokumentation (am Ende jedes Halbjahres). Wir fordern
76 bessere Inklusion, damit jedes Kind in seiner Individualität gefördert werden
77 kann. Diese kann bspw. durch kleinere Klassen und ein entsprechend
78 ausgerichtetes Lehramtsstudium erreicht werden.

79 Netzausbau

80 Wir begreifen einen schnellen und stabilen Internetzugang als Bestandteil
81 sozialer Teilhabe. Dazu wird freies WLAN in den Innenstädten, sowie eine
82 flächendeckende Breitband- und Mobilfunkversorgung benötigt. Wir fordern die
83 zukünftige Landesregierung daher auf, FTTH (Fiber to the home) auszubauen,

84 flächendeckenden Mobilfunkausbau voranzutreiben und Freifunk-Initiativen zu
85 fördern, sowie selbst öffentliches WLAN anzubieten.

86 Freie Software auf Kommunal- & Landesebene

87 Software, die aus öffentlichen Geldern entwickelt wird, muss auch für die
88 Öffentlichkeit einsehbar sein. Wir fordern daher, dass die öffentliche IT-
89 Infrastruktur auf quelloffene, freie Software umsteigt und auch
90 Eigenentwicklungen als freie und quelloffene Software zur Verfügung gestellt
91 werden, damit diese von anderen Kommunen und Bundesländern genutzt werden
92 können.

93 Haushalt und Finanzen

94 Wir wollen, dass jede Investitions- und Fördermaßnahme nach sozialen und
95 ökologischen Kriterien zu prüfen ist. Monopolstrukturen wollen wir
96 entgegenwirken. Erwirtschaftete Gewinne sollen in der Region bleiben. Daher
97 fordern wir eine Kehrtwende in der Haushalts- und Förderpolitik. Brandenburg
98 braucht eine Transformation der Wirtschaft, die der Klimakrise gerecht wird und
99 allen Menschen und nicht den Profiten von wenigen (meist nicht einmal
100 Brandenburger Investor*innen) dient. Hierzu braucht es verbindliche soziale und
101 ökologische Kriterien für alle Investitionen und zur Vergabe von allen
102 Fördermitteln.

103 Wohnen & Bauen

104 Um der Wohnungsnot entgegenzuwirken, muss dringend gegen die Nutzung von
105 Wohneigentum als Spekulationsobjekt vorgegangen werden, die zukünftige
106 Landesregierung soll daher gesetzlich gegen vermeidbaren Leerstand von Wohnraum
107 vorgehen. Dort, wo Flächen zur Bebauung vom Land zur Verfügung gestellt werden,
108 soll die Vergabe nach sozialen und ökologischen Kriterien erfolgen, um dringend
109 benötigten bezahlbaren Wohnraum bei kleinstmöglicher Flächenversiegelung zu
110 schaffen.

111 Klare Kante gegen Rechts

112 Wir streiten für eine weltoffene, diskriminierungsfreie und gleichberechtigte
113 Gesellschaft.
114 Das fordern wir als GRÜNE JUGEND Brandenburg auch von Koalitionspartner*innen
115 der Partei Bündnis 90/Die Grünen. Das heißt, jegliche Kooperationen der
116 Koalitionspartner*innen mit der AfD müssen zu einer Beendigung und
117 Neuverhandlung der Koalition führen.
118 Gelder für Projekte gegen Rechts wie "Tolerantes Brandenburg" gehören deutlich
119 aufgestockt.

120 Ostdeutsche Probleme und Herausforderungen

121 30 Jahre nach der friedlichen Revolution sieht man die ehemalige innerdeutsche
122 Grenze noch an vielen Stellen. Sei es auf Karten, die das Durchschnittseinkommen
123 zeigen, das Durchschnittsalter oder die Lebenszufriedenheit. Kein*e
124 Unipräsident*in kommt gebürtig aus Ostdeutschland, ein Großteil der
125 Brandenburgischen Verwaltungselite hat seine Wurzeln außerhalb des Landes. Wir
126 machen uns stark für vielfältige Repräsentation, auch durch Ostdeutsche, und
127 erwarten, dass dies auch bei der Regierungsbeteiligung von Bündnis 90/Die Grünen
128 Brandenburg erfüllt wird.

129 Vielfältige Regionen überall attraktiv

130 Brandenburg ist nicht nur das Umland von Berlin, sondern ein vielfältiges
131 Bundesland mit unterschiedlichen Regionen. Menschen in allen Regionen müssen
132 gleichwertige Perspektiven haben. Dafür braucht es insbesondere für junge
133 Menschen Ausbildungsangebote, Freiräume und Wohnraum. Wichtig ist auch
134 gesellschaftliche und politische Pluralität, niemand hat Bock darauf, irgendwo
135 zu leben, wo man sich für eine progressive Meinung rechtfertigen muss. Daher
136 muss vielfältiges, politisches Engagement abseits von Parteien und etablierten
137 Strukturen breite Unterstützung erfahren.

Begründung

erfolgt mündlich